

Chronik des Tages.

— Reichspräsident von Hindenburg empfing die Reichsminister Dr. Curtius und Professor Woldehauer.
— Die Eröffnung der Haager Schlusskonferenz ist für den 2. oder 7. Dezember zu erwarten.
— Thomas Mann erhielt aus Anlaß der Verleihung des Nobelpreises ein Glückwunschtelegramm des Reichskanzlers.
— In München wurde unter dem Ehrenvorsitz des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Deth eine deutsche Zweigstelle Münchener der „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Universität Innsbruck“ gegründet.
— Frau Viktoria Sulzoff ist in Bonn im 64. Lebensjahre gestorben.
— Der Nobelpreis für Chemie für 1929 wird geteilt zwischen dem Professor an der Stockholmer Hochschule Hans von Euler-Chelpin und dem Professor an der Universität London Morf Harden.
— Der Physik-Nobelpreis für 1929 ist dem französischen Prinzen Louis Viktor Broglie, der für 1928 dem Engländer Owen Williams Richardson zuerkannt worden.
— Byrds Südpolexpedition ist auf dem 80. Grad südlicher Breite eingetroffen.

Wahlrecht ist Wahlpflicht

Zum 17. November.

Für das Geschick des Bürgers und der Wirtschaft sind mit zwei Dingen von wesentlicher Bedeutung. Das sind einmal Geist und Paragraph der Gesetzgebung, zum andern die Handhabung der Gesetzesausführung. Auf die Gesetzgebung kann der Wahlberechtigte durch seine Stimmabgabe bei der Neuwahl des Reichstags und der Länderparlamente Einfluß gewinnen, auf die Handhabung der Gesetzesausführung durch die Ausübung seines Wahlrechts bei den Kommunalwahlen. Der nächste Termin dafür ist der 17. November.

Bedeutung wird man diesen Wahlen nicht gut absprechen können. Die der Bevölkerung aus neuen Gesetzen erwachsenden Lasten können durch Ausführungsbestimmungen noch erhöht werden, während die günstigen Wirkungen durch ungünstige Ausführungsbestimmungen gemindert werden können. Selbstverständlich kann kein Selbstverwaltungsgremium den ihm durch die Reichs- und Landesgesetzgebung gezogenen Rahmen überschreiten, aber innerhalb dieses Rahmens gibt es doch eine gewisse Bewegungsfreiheit.

Der Aufgabenzirkel der Gemeinden ist von Jahr zu Jahr gewachsen. Reich und Staat haben den Gemeinden immer neue Aufgaben übertragen, daneben sind auch die eigenen Angelegenheiten der Gemeinden umfangreicher geworden. Um nur einiges aus dem Aufgabenzirkel der Selbstverwaltung zu nennen: den Gemeinden liegt die Wohlfahrtspflege ob, sie sollen die Wohnungsnot durch die Förderung des Wohnungsbauwesens bekämpfen, sie haben über wichtigste Kulturinstitutionen, z. B. Schulen, zu bestimmen, sie können aktiv zum Ausbau der Jugendpflege beitragen und außerdem gibt es auch eine kommunale Steuerpolitik.

Alles Aufgaben, deren Erfüllung für Staat und Volk von größtem Wert ist. Es geht nicht an, geringfügig auf die Arbeit der Gemeinden herabzusehen. Die Gemeinde ist die Zelle des Staates, ein Querschnitt in der Grundmauer des Staatswesens. Beht in den Städten und Dörfern das Interesse für die Angelegenheiten der Gemeinde, dann steht parlamentarisch regierten Staaten damit auch das Blut, das alles belebt und erhält. Und dann besteht die Gefahr, daß Angelegenheiten der Gesamtheit zu Geschäften einer Clique werden.

Im Zusammenhang mit den unerfreulichen Ständen in einigen Stadtverwaltungen ist der Ruf nach verstärkter Kontrolle laut geworden. Unmöglich werden Stände aber auch durch noch so scharfe Kontrollbestimmungen nicht werden, wenn nicht zugleich jeder Bürger ein verstärktes Interesse für seine Gemeinde bekundet. Wer Kritik geübt hat, dem bietet sich jetzt Gelegenheit, durch den Stimmzettel dafür zu sorgen, daß es besser wird.

Welche Liste zu wählen ist, darüber wird sich jeder selbst schlüssig werden. Weltanschauung und wirtschaftliches Interesse bestimmen auch hier die Haltung, allerdings müssen die eigenen wirtschaftlichen Interessen dem Wohl des Ganzen untergeordnet werden. Eine besondere Note erhalten die Kommunalwahlen gegenüber den Parlamentswahlen dadurch, daß die Beziehungen zwischen Wählern und Kandidaten äußerst eng sind.

Oberster Grundsatz für die Finanzpolitik der Selbstverwaltung wird für die nächsten Jahre der Sparbarkeit sein müssen. Der notwendige Finanzausgleich mag den Gemeinden einige Entlastungen bringen, leer werden die Kassen auch nach dem Finanzausgleich noch sein, und der Weg der Steuererhöhung wird den Gemeinden ebenso wie dem Staat auch in den nächsten Jahren verlockend bleiben, erheißt doch die Lage der deutschen Wirtschaft dringend den Abbau der Steuern, insbesondere auch der Steuern, die für den Säckel der Gemeinden am vorteilhaftesten sind.

Die Stimmabgabe bei den Kommunalwahlen ist aber nicht nur für die Gemeindepolitik von Bedeutung, sondern sie wirkt letzten Endes auch auf die Reichs- und Staatspolitik zurück.

Wage es deshalb gelingen, die Stimmberechtigten auch für die Kommunalwahlen für eine geschlossene Beteiligung an der Wahl zu gewinnen, denn auch diese Wahlen dulden kein Fernbleiben von der Urne!

Die zweite Konferenz im Haag.

Eröffnung am 2. oder 7. Dezember. — Konferenzschluß für den 15. Dezember zu erwarten. — Berlin, 14. November.

Im Auswärtigen Amt rechnet man jetzt damit, daß die Schlusskonferenz im Haag in den ersten Dezember tagen — man spricht vom 2. oder 7. Dezember — eröffnet werden wird. Der genaue Zeitpunkt der Einberufung hängt lediglich von der Beendigung der Arbeiten der verschiedenen Organisationsausschüsse ab. Einige von ihnen haben bereits ihre Berichte erfaßt, andere stehen unmittelbar vor dem Abschluß ihrer Arbeiten. Die Punkte, über die sich die Ausschüsse nicht einigen konnten — z. B. die Frage der Ökrepationen — sollen dann der Beschlussfassung der Konferenz unterliegen.

Die Schlusskonferenz im Haag wird wahrscheinlich nur von kurzer Dauer sein. Da die Organisationskomitees die Tagung gut vorbereitet haben, rechnet man in Berlin damit, daß die Arbeiten im Haag bereits am 15. Dezember abgeschlossen werden können.

Zurückzuführen ist die Beschleunigung der Vorbereitungen für die Schlusskonferenz mit auf den deutschen Vorstoß. Für Deutschland hängt die ganze Staatsgestaltung davon ab, daß der Youngplan — wenn er schon einmal kommen soll — unverzüglich in Kraft tritt. Dabei legt die Reichsregierung aber entscheidenden Wert auf die Feststellung, daß die Räumung der dritten Zone vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Youngplans nicht abhängig ist, sondern vereinbarungsgemäß am 30. Juni vollzogen sein muß.

Die Führung der deutschen Delegation für die Haager Schlusskonferenz wird Reichsaussenminister Dr. Curtius übernehmen. Der neue Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Woldehauer wird wahrscheinlich nicht mit nach dem Haag fahren.

30. Juni äußerster Räumungstermin.

— London, 14. November.

Der englische Botschafter in Paris Lord Tyrrell hat im Auftrag der Regierung eine Demarche bei der französischen Regierung unternommen, und zwar in sorgfältig formulierten Unterredungen mit Briand und Lardieu, um festzustellen, daß Frankreich an der Interpretation der Haager Abmachungen in dem Sinne festhält, wonach unter allen Umständen der 30. Juni als Endtermin in der Räumung des Rheinlandes anzusehen ist.

Der Schicksalskampf der Ostmark.

Die Rundfahrt der Pressevertreter. — Landeshauptmann Dr. Caspari schildert den Ernst der Stunde. — Flatow, 14. November.

Die Vertreter der großen deutschen Nachrichtenbüros trafen am Mittwoch auf ihrer Reise durch die östlichen Provinzen in Flatow ein. Erschütternde Bilder von der Not des deutschen Ostens haben sich in diesen Tagen vor ihren Augen abgerollt! Stille liegende Industriegebiete, zunehmende Arbeitslosigkeit, fehlende Verkehrswege und Kultureinrichtungen, dazu die geradezu verwegene Lage der Landwirtschaft, das sind die Eindrücke, die man immer wieder empfängt und die den Kampf der deutschen Ostmark in seiner ganzen Schicksalschwere kennzeichnen! Wie bedrohlich die Lage ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß der Großgrundbesitz sich allen Ernstes mit dem Gedanken trägt, die gesamte Arbeiterschaft im Winter zu entlassen. Im Handwerk und in der Kleinindustrie sieht es nicht viel besser aus.

Die Landräte und Bürgermeister schilderten der Presse in eingehenden Darlegungen die Not ihrer Gebiete. In Schwiebus steht die Hälfte aller Fabriken still. Nicht viel anders ist es in Landsberg. Fast die Hälfte des Abfallgebietes ist verlorengegangen! An der Grenze zerrissene Verkehrswege und unterbrochene Eisenbahnen. Wie willkürlich bei der Grenzziehung vorgegangen ist, konnte man besonders in Trischtegel erkennen. Witten durch die Stadt, mitten durch die Besitzungen, läuft die Grenze. Selbst die mutige Verteilung Trischtegel durch die Einwohner, wovon die

zahlreichen Gefallenengräber aus den Tagen der polnischen Kämpfe auf dem Friedhof der Stadt Zeugnis ablegen, hat die Entente nicht von der unflüchtigen Grenzziehung abbringen können. Auch in Schwiebus ist die Industrie fast vollkommen stillgelegt worden. Der früher so betriebene Ort ist heute eine sterbende Stadt.

Einen treffenden Ausdruck der Forderungen der Grenzgebiete konnte man bei einem Empfangsabend im Landeshaus Schneidemühl aus dem Munde des Landeshauptmanns Dr. Caspari vernehmen. Dr. Caspari führte u. a. aus: eine wichtige Rolle werde in den nächsten Monaten die Frage der Staatsdotationen spielen. Die Grenzmark erhält zur Zeit 2,2 Millionen Reichsmark, notwendig sind aber mindestens 3,1 Millionen. Wenn man im Osten nicht tiefe Verdröffenheit schaffen wolle, dann müsse man sich jetzt mit den Ausgaben im deutschen Osten beschäftigen, von deren Lösung das Schicksal ganz Deutschlands abhängt. Von besonderer Bedeutung sei die Frage des Landarbeiter-Obstandes, der, wenn man den deutschen Arbeiter auf der Scholle halten wolle, unter allen Umständen gefördert werden müsse. Dies um so mehr, als die Ausfuhr deutscher Arbeiter und Bauern dem Osten nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine staatspolitische Notwendigkeit sei. Leider seien wir von dem Fall deutscher Bauern im Osten noch sehr weit entfernt.

Zum Schluß wies der Landeshauptmann noch auf die polnische Kulturpropaganda in den Kreisen Flatow und Boms hin.

Die neuen Minister bei Hindenburg.

Der Ministerwechsel im Reichswirtschaftsministerium.

Reichspräsident v. Hindenburg, der von der Tausche seines Urteils nach Berlin zurückgekehrt ist, empfing den neuernannten Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius sowie den neuernannten Reichswirtschaftsminister Dr. Woldehauer.

Im Reichswirtschaftsministerium verabschiedete sich Dr. Curtius von der Beamtenschaft des bisher von ihm geleiteten Ministeriums. Nach dem Dank für die Begleitungsreise seines Vorgängers stellte sich Professor Dr. Woldehauer, der neue Reichswirtschaftsminister, der Beamtenschaft des Reichswirtschaftsministeriums vor.

„Ein nordisches Bayern.“

„Operationsbasis gegen die Republik.“

Das deutschgeschriebene Dänen-Blatt der „Schleswiger“ in Flensburg brachte eine Sensationsmeldung, wonach man sich in Schleswig-holsteinischen Kreisen mit dem Plan beschäftige, durch eine Volksabstimmung die Provinz Schleswig-holstein aus dem preussischen Staatsverband loszulösen und zu einem selbständigen deutschen Freistaat zu machen.

In Schleswig-holstein solle ein norddeutsches Bayern entstehen, das den Reichsradikalen als Operationsbasis gegen die Republik dienen sollte.

Zu dieser Meldung schreibt das „Hamburger Fremdenblatt“: Es kann als ausgeschlossen gelten, daß irgendjemand auch nur einigermaßen ernst zu nehmender Kopf solche Ideen, die die Erinnerung an das „Kanalarbeits-Projekt“ wieder aufleben lassen, verfolgen. Daß die deutschgeschriebene Dänenzeitung in Flensburg solche Gerüchte offenbar mit hässlicher Schadenfreude verbreite, zeige, wenn man mit solchen unsinnigen Projekten dienen und wie man die deutschen Interessen schädigen würde.

Aber selbst „Flensburg Avis“, das angefehene Organ der Dänen in Deutsch-Schleswig-holstein schreibt, daß man diese wilden Pläne nicht zu ernst zu nehmen braucht.

Scholz Führer der Volkspartei?

Die „D. A. Z.“ beschäftigte sich mit der durch den Tod Stiefemanns notwendig gewordenen Führerwahl in der Deutschen Volkspartei und schreibt dazu: „Der Zentralvorstand — der im Dezember zusammentritt — wird auch die Frage der Parteiführung entscheiden: Dr. Scholz wird zum Parteivorstand gewählt werden.“

Politische Rundschau.

— Berlin, den 14. November 1929.

— Gegen das Urteil des Schöffengerichts im Reimünsterer Bauernprozeß hat die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

— Der Reichsrat wird sich Anfang nächster Woche mit dem vom Reichskabinett verabschiedeten neuen Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik beschäftigen.

— Glückwunschtelegramm des Reichskanzlers an Mann. Reichskanzler Müller richtete an den Dichter Thomas Mann in München folgendes Glückwunschtelegramm: „Mit großer Freude habe ich die Nachricht von der Verleihung des Nobelpreises für Literatur erhalten. Ich spreche Ihnen zu dieser Ehrung, auf die das deutsche Volk stolz ist, meinen herzlichsten Glückwunsch aus.“

— Empfang beim österreichischen Gesandten. Aus Anlaß des österreichischen Staatsfeiertages empfingen der österreichische Gesandte und Frau Frank die österreichische Kolonie im Berliner Gesandtschaftsgebäude. In einer kurzen Ansprache freute der Gesandte auch die festigen Verfassungs-Verhandlungen. Größere Zurückhaltung, mehr Objektivität und Rührigkeit in der Berichterstattung wären zu wünschen.

Deutsche Nothilfe



Schafft frohe kräftige Jugend!

Das Bild der neuen Wohlfahrtskassette der Reichspost, die mit eingedruckter Marke für 12 Pf. verkauft wird.